

US-Zugang zu EU-Passagierdaten illegal?

EU-BürgerInnen, die in die USA fliegen, müssen sich derzeit gefallen lassen, dass ihre Passagierdaten dem "Homeland Security"-Ministerium übermittelt werden, wo diese dreieinhalb Jahre gespeichert werden. Grundlage hierfür ist ein im Juni 2004 unterzeichnetes Abkommen zwischen der EU und den USA. Das Europaparlament hat sich von Anfang an dem Abkommen mit der Begründung widersetzt, es werde den EU-Datenschutzstandards nicht gerecht. Nach der Unterzeichnung reichte das Parlament Klage ein gegen die Kommission und den Rat der Europäischen Union. Der Europäische Gerichtshof lehnte im September 2004 ein Eilverfahren ab. KritikerInnen befürchteten, der Prozess werde verschleppt bis das Abkommen Ende 2007 sowieso ausläuft. Nun aber wurde das Verfahren aufgenommen und die Staatsanwaltschaft hat beantragt, das Abkommen zu annullieren. Allerdings gründet diese Forderung nicht etwa auf Datenschutz-Erwägungen oder darauf, dass das Europaparlament übergangen wurde. Die Staatsanwaltschaft ist einfach der Ansicht, dass die Entscheidungen von Kommission und Rat auf einer unzureichenden gesetzlichen Grundlage getroffen wurden, ihre Zuständigkeit in dieser Frage also nicht gegeben war. Die Urteilsverkündung darf mit Spannung erwartet werden.

Mille visages de la société de l'information

Que retiendra-t-on de ce Sommet mondial sur la société de l'information (WSIS) de Tunis? D'abord que de tels événements ne s'attaquent pas directement aux restrictions de la liberté d'expression sur le net ou dans la rue. A travers la répercussion des bavures de l'Etat tunisien dans les médias, le WSIS n'en a pas moins contribué à montrer le vrai visage de cette dictature. Ensuite, on constate que plus un compromis est flou, moins il y a d'acteurs mécontents. A ce WSIS, les Américains ont empêché une mainmise de l'Onu sur l'internet, les Européens ont fait accepter le multilatéralisme - comme principe -, et la Chine, ainsi que d'autres pays autoritaires, ne se sont pas vus trop épinglés. Pour l'expert allemand Wolfgang Kleinwächter, le véritable gagnant serait la société civile, qui a négocié d'égal à égal avec les Etats et le secteur privé. La journaliste spécialisée Kieren McCarthy verrait plutôt une victoire du lobbying américain, qui a réussi à maintenir un statu quo qui n'arrange qu'un seul pays au monde. Enfin, le plus important s'est peut-être déroulé dans les lieux de rencontre autour du WSIS, où l'on a pu admirer, par exemple, un notebook à manivelle pour 100 dollars la pièce, à destination des pays en voie de développement.

Erweiterung der Werbezone

Es ist soweit. Das erste grenzüberschreitende Newsformat im SaarLorLux-Gebiet wurde gestern ins Leben gerufen. Die von drei Sendern koproduzierten, "regionews" sollen "Beiträge aus Politik, Kultur, Sport und Unterhaltung aus der Großregion" enthalten. Zu sehen gibt es das einstündige Programm täglich zwischen 19 und 20 Uhr - in Luxemburg auf T.TV. Wer sich darunter jedoch eine Initiative à la Arte vorgestellt hat, wird enttäuscht, denn die öffentlichen Medien sind nicht in das Projekt eingebunden. Vielmehr haben sich die privaten Fernsehkanäle Antenne West, Saar TV und T.TV zusammengetan. Doch das als "Meilenstein für die Zusammenarbeit der Medien in SaarLorLux (...)" das dem Auftrag der europäischen Einigung Rechnung" trägt, gepriesene Projekt, riskiert lediglich eine grenzüberschreitende Werbezone zu sein. Zwar gibt es - außer Arte und 3sat - keine supranationalen Fernsehsender in Westeuropa, aber die jetzt geplante Zusammenarbeit dreier lokaler Privatsender, allesamt durch Werbung finanziert, wirft Fragen auf wie denn der "gemeinsame Kommunikationsraum", den die Betreiber erschaffen wollen, aussehen soll. Geplant sind unter anderem Firmenporträts, Berichte über Stars und Sternchen und eine 90 Sekunden lange Nachrichtensendung.



"Lobby oder Politik? - Über die Rolle der StudentenInnenorganisationen": Unter diesem Motto hatte die woxx gemeinsam mit RTL Radio Lëtzebuerg auf der Foire de l'étudiant zum Streitgespräch eingeladen. Wir dokumentieren einen Auszug aus der Diskussion zwischen Laurent Derkum (Acel) und Melanie Noesen (Unel).

(Foto: Christian Mosar)

STUDENTENORGANISATIONEN

Zoff um Zielsetzungen

woxx: *Die Unel wurde 1919 gegründet und hat eine bewegte Geschichte. Ihre Blütezeit erlebte die Organisation in den sechziger Jahren, damals zählte sie über 1.000 Mitglieder. Heute sind es deren nur noch 300. Sind die besten Jahre der Unel vorbei?*

Melanie Noesen: Das würde ich nicht sagen. Es kommt immer darauf an, welche Ansprüche man hat. Wir haben vielleicht nur wenige Mitglieder, doch diese sind in den unterschiedlichsten Bereichen sehr aktiv. Unsere Internetzeitung "Outsider" wird beispielsweise an einen sehr breiten Kreis von Interessierten verschickt und wir bekommen viel Rückmeldung. Daraus schließe ich, dass unser Wirkungskreis weit über die 300 Mitglieder hinaus geht.

Union Nationale des Etudiants du Luxembourg - das klingt so, als ob die Unel alle Studierenden aus Luxemburg vertritt. Ist der Name nicht etwas hochgegriffen?

M. Noesen: Der Name ist historisch gewachsen. Wir verstehen uns als Teil dieser Geschichte. Die Unel versteht sich als "groupe de pression", als eine Organisation, die die Interessen der Luxemburger Studenten und Studentinnen vertritt.

Laurent Derkum, die Acel nimmt für sich in Anspruch, die Mehrheit der Luxemburger Studierenden zu vertreten. Auf Ihrer Homepage wird angedeutet, dass über 5.000 Studenten hinter der Acel stehen. Und doch kann ein einzelner Student nicht Mitglied der Acel werden. Woher wissen Sie, ob die Acel wirklich so viele Studierende vertritt?

Laurent Derkum: Wir funktionieren anders als die Unel. Die Acel ist ein Dachverband, in dem über 30 Cercles Mitglied sind. Die Mitglieder dieser Cercles wählen jeweils ihre Comités und diese wählen wiederum den Vorstand der Acel. Wir vertreten also auch die Mitglieder der einzelnen Cercles und deshalb sind wir der Überzeugung, dass wir tatsächlich die Mehrheit der Studierenden vertreten. Und ich denke, dass die große Mehrheit unserer Mitglieder hinter dem steht, was die Acel macht.

M. Noesen: Es handelt sich um zwei Organisationen mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Sie stehen nicht unbedingt in Konkurrenz zueinander...

Die Unel hat die Acel jedoch wiederholt in Communiqués angegriffen und wollte ihr gar einen Maulkorb verpassen. Wieso?

M. Noesen: Das war während der Debatte über die Europäische Verfassung. Die Unel versteht sich als politische Organisation und hat eine Kampagne für das "Nein" geführt. Die Reaktion der Acel, deshalb öffentlich für das Ja einzutreten, fanden wir etwas seltsam. Denn die Acel will sich ja laut Statuten explizit politisch neutral verhalten.

Laurent Derkum, kann man als Studentenorganisation überhaupt "politisch neutral" sein?

L. Derkum: Als Gruppe kann man schon neutral bleiben, denke ich. Als Einzelperson ist das schwieriger. In die Debatte um die EU-Verfassung wollten wir uns deshalb einmischen, weil sonst der Eindruck entstanden wäre, alle Studenten seien gegen diese Verfassung. Als Vorstand der Acel wollten wir klarstellen, dass es auch Studenten gibt, die für das Ja sind. Ich bin immer wieder überrascht, wie gut die Unel unsere Statuten kennt. Ich habe mich noch nie für die Satzung der Unel interessiert. Ich denke jedenfalls, dass unsere Statuten eigentlich nur uns etwas angehen. So lange wir uns intern einig sind, sehe ich kein Problem. Und das waren wir in diesem Fall.

Hat die Acel Ja gesagt, weil die Unel Nein gesagt hat?

L. Derkum: Nein, natürlich nicht. Damit wir uns nicht missverstehen: Wir haben keine Kampagne für das Ja gemacht. Es ging darum, darauf hinzuwei-

sen, dass nicht alle Studenten gegen die Verfassung sind.

M. Noesen: Am Anfang klang das jedoch so, als ob die Acel sich im Namen aller Studenten für die Verfassung ausspricht.

L. Derkum: Das stimmt so nicht und das kann man im Communiqué nachlesen.

Gab es denn Beschwerden innerhalb der Acel über dieses Communiqué?

L. Derkum: Im Gegenteil. Wir haben per Mail die Meinung der Cercles eingeholt. Es gab keine Gegenstimmen.

Stichwort Studiengebühren an der Uni Luxemburg: Hat die Acel damit keine Probleme?

L. Derkum: Wir wollen dazu weder Ja noch Nein sagen. Die Meinung der Studenten ist hier durchaus geteilt. Sicherlich ist es im Moment zu früh, um an der Uni Luxemburg Gebühren einzuführen. Wie sich das Problem zu einem späteren Zeitpunkt stellt, müsste man dann sehen. Für uns ist es jedenfalls sehr wichtig, dass wir mitreden dürfen. Damit wir dann, wenn es konkret darum geht, in Luxemburg Studiengebühren einzuführen, mit am Verhandlungstisch sitzen.

Wird die Unel das Gespräch mit dem Bildungsminister zu diesem Thema suchen?

M. Noesen: Sicher werden wir das tun, wenn wir die Gelegenheit dazu bekommen. Das reicht jedoch nicht aus. Es muss vor allem darum gehen, die Öffentlichkeit und die Studenten zu sensibilisieren. Und klarzumachen, um was es in dieser Frage wirklich geht. Nämlich um die zunehmende Vermarktung der Bildung.

L. Derkum: Es ist in dieser Phase wichtig, dass sich möglichst viele zu dem Thema äußern. Wenn sich dann eine

mehrheitliche Meinung herausbildet, kann man damit an die Öffentlichkeit gehen.

Was die Finanzierung der Universitäten angeht, scheint sich die Acel nicht gegen die Beteiligung der Industrie zu stellen?

L. Derkum: Das stimmt. Klar ist jedoch, dass die Hauptverantwortung beim Staat liegt. Ist der Staat jedoch nicht in der Lage, eine qualitativ hochwertige Uni zu finanzieren, dann muss man überlegen, ob private Träger nicht einen Teil übernehmen können. Natürlich darf die Industrie nicht die Universität kontrollieren.

M. Noesen: Das sehen wir anders. Wir haben ein prinzipielles Problem mit einer Dritt-Finanzierung. Der Staat sollte hier ganz klar seine Rolle übernehmen. Im anderen Falle sehen wir die Gefahr, dass nur noch solche Forschungsprojekte unterstützt werden, die auch der Industrie nützen. Ich selbst studiere Geisteswissenschaften...

L. Derkum: Ich auch.
M. Noesen: ... und ich habe so meine Bedenken, ob sich beispielsweise in Luxemburg Industrie oder Banken dafür einsetzen, dass auf diesem Gebiet geforscht wird.

L. Derkum: Ich denke jedoch, dass die Industrie Teile eines Studiums finanzieren könnte, an denen sie Interesse hat und die öffentlichen Mittel dann zum Beispiel eher in andere Bereiche investiert werden.

M. Noesen: So funktioniert das aber nicht. Es ist zum Beispiel in Deutschland noch gar nicht raus, ob die Studiengebühren tatsächlich in die Unis investiert werden. Ich glaube nicht daran, dass Banken oder Unternehmen unabhängig von finanziellen Interessen Geld an die Unis spenden.

Die Unternehmen sponsern ja auch Studentenorganisationen wie beispielsweise die Acel.

M. Noesen: Das ist Sache der Acel. Die Unel wird nicht gesponsert.

L. Derkum: Wir haben kein Problem damit. Die Acel finanziert sich über staatliche Subsidien, Mitgliedsbeiträge und wird auch von Sponsoren gefördert. Wir haben da keinerlei moralische Bedenken, wenn wir bei unserer Arbeit unterstützt werden.

Moderation: Marco Goetz und Danièle Weber

Zur Person:

Melanie Noesen promoviert in den Fächern Romanistik und Sprachendidaktik an der Universität Potsdam. Sie war im Vorstand der Union Nationale des Etudiants du Luxembourg (Unel). **Laurent Derkum** ist Mitglied des Vorstands der Association des Cercles d'Etudiants Luxembourgeois (Acel) und studiert Literatur und Politik in München.